

Dr. László NAGY
Professor an der
Agrarwissenschaftlichen Universität
/Gödöllő, Ungarn/

INTERESSENSCHUTZ DER MITGLIEDER IN PRODUKTIONS- GENOSSENSCHAFTEN

/Diskussionseröffnendes Referat/

1. Der Interessenschutz und die Interessenvertretung in den Genossenschaften entsteht aus den objektive existierenden, umgrenzbaren Interessenverhältnissen der Genossenschaftsbewegung, der einzelnen Genossenschaften und der Mitgliedschaft. Die sich mit den sozialistischen Interessenverhältnissen befassende Fachliteratur erkennt heute schon eindeutig die Gliederung der sozialistischen Interessenstruktur in Einzel-, Kollektiv- und Gesellschaftsphären und erarbeitete mehr-minder auch die Dialektik der Interessenknotenpunkte, d.h. den Prozess der Interessenabstimmung und die Notwendigkeit der Interessenharmonie. Die Stellungnahmen in der Fachliteratur betonen eindeutig auch das objektive Wesen der Interessiertheit. Nach Übereinstimmender Meinung der Fachautoren ist das Interesse nichts anderes, als ein Verhältnis und zwar ein Verhältnis zwischen dem Individuum und seiner Umwelt, welches auf die Befriedigung der jeweiligen Bedürfnisse ausgerichtet ist und welches über Vermittlungssysteme und bei Geltendmachung ihrer die Interessenintegration betreffenden Funktionen die Person zur Gesellschaft verbinden.

Was die Interessenverhältnisse der Genossenschaft betrifft, ist für die Fachliteratur des Genossenschaftsrechts - insbesondere für die Rechtsbildung - die

allmähliche Erkennung und Lösung charakteristisch.

Bei den Rechtsgestaltungen in den Jahren 1967 und 1971 stand die ökonomische und gesellschaftliche Interessenvertretung der Überwiegend betrieblich organisierten Genossenschaften im Mittelpunkt der Regelung, wobei der Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Interessenvertretung entfiel, obwohl auch die persönliche Interessenvertretung einen besonderen Akzent erhielt. An diese inhaltliche Fragen richtete sich auch die organisatorische Lösung der Interessenvertretung: der Landesrat der Produktionsgenossenschaften /TOT/ und die Gebietsverbände waren Vertreter der mit selbstständiger Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Genossenschaften.

Der Kern der Sache lässt sich also derartig zusammenfassen, dass das s.g. "TOT-Modell" vom Jahre 1967 nicht ein Modell einer, die Interessenvertretung der Mitgliedschaft versehenden gesellschaftlichen Organisation verkörperte, sondern eher als Modell einer Wirtschaftskammer sei, welcher die Interessenvertretung der Wirtschaftseinheit obliegt. /Wobei freilich auch die Funktionen der Transmission und der Dienstleistungen versehen werden/. Wird nun die Frage gestellt, ob einer derartigen Vertretungsart der Mitgliedschaft gegenüber eine Priorität eingeräumt werden kann, so müssen wir diese Frage eindeutig bejahen. Die Regelung dieses Interessenschutzes und dieser Interessenvertretung wurde einerseits infolge der durch das neue ökonomische System /den im Jahre 1968 eingeführten "Wirtschaftsmechanismus"/ gesicherten wirtschaftlichen Selbstständigkeit erforderlich, anderseits verlangte aber auch das zentralisierte System

deshalb eine Monopolstellung bekleidende Partnerbetriebe, insbesondere im Bereiche der Lebensmittelindustrie diese Ordnung. Diese Sachlage wurde auch im Motivbericht des Gesetzes Nr. III. vom Jahre 1967 ziemlich klar formuliert: "nur eine gut ausgebaute gesellschaftliche Organisation der Interessenvertretung vermag für die Produktionsgenossenschaften zu gewährleisten, dass sie von ihrer ökonomischen Selbstständigkeit Gebrauch machen und nicht isoliert werden". Es soll jedoch betont werden, dass - infolge der Eigentumsverhältnisse in den Genossenschaften - auch der Interessenschutz und die Interessenvertretung solcher Art nicht als völlig unabhängig von den Interessen der Mitgliedschaft erachtet werden, denn letzten Endes diene auch diese Regelung den Interessen der Mitgliedschaft. Aus der Sicht der Mitgliedschaft betrachtet könnte man diese Vertretung als eine kollektiv-mittelbare Vertretung bezeichnen. Die Bewegung der Produktionsgenossenschaften brachte in einem späteren Zeitpunkt auch eine neue Form des Interessenschutzes mit sich, nämlich die Vertretung der Gesamtheit der Mitgliedschaft und auch ihrer einzelnen Angelegenheiten. Die Rechtsgrundlage dafür schaffte eigentlich das Gesetz III. vom Jahre 1971: "Die auf Grundlage eines Mitgliedverhältnisses in der Genossenschaft geleistete Arbeit ist ebenbürtig mit anderer Arbeit, welche im Rahmen einer anderen Form des gesellschaftlichen Eigentums verrichtet wird. Was die auf Grund der mit Arbeit verbrachten Zeit zustehenden Rechte betrifft /Hervorhebung meinerseits/ ... wird die als Genossenschaftsmitglied oder in einem Arbeitsverhältnis geleistete Arbeit gleichgestellt." Die Konkretisierung

dieses Grundsatzes war nach dem Genossenschaftsgesetz vom Jahre 1971 nur noch eine Frage der Zeit. Diese Art der Interessenvertretung, welche man schon als unmittelbar bezeichnen kann, lässt sich - de lege ferenda - auf analoge Weise mit den Befugnissen der Gewerkschaft in der Interessenvertretung der Angestellten vergleichen.

Der durch die Gewerkschaften wahrgenommene Interessenschutz und der der genossenschaftlichen Mitglieder ist freilich nicht derselbe, da der letztere in gewissem Sinne ein engerer, dabei aber in gewissem Sinne auch ein breiterer Interessenschutz ist. Im Kern der Sache gibt es aber keinen Unterschied: es handelt sich nicht um den Interessenschutz einer als Rechtsperson organisierten wirtschaftenden Einheit, sondern unmittelbar um den der dort arbeitenden Menschen. Was den Inhalt dieses Interessenschutzes betrifft, gilt für ihn auch dieselbe, wie für die Schutzfunktion der Gewerkschaft: "Gewährleistung der Befriedigung der materiellen, sozialen und kulturellen Ansprüche der Werktätigen, Schutz ihrer in den Gesetzen und Verordnungen zugesicherten Rechte." /Beschluss aus dem Jahre 1976 des Politbüros der USAP./ Doch können wir über einen individuellen Interessenschutz und eine Interessenvertretung solcher Tiefe, als welche von den Gewerkschaften den Arbeitnehmern geleistet wird, bei den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften weder in den Vorschriften, noch in der Praxis nicht reden. Hinsichtlich des Interessenschutzes wartet die erwähnte Bestimmung des Gesetzes III vom Jahre 1971 noch die Durchführung. Die gegenwärtige Situation ist noch ein Derivat der früheren Lage: der individuelle Interessen-

schutz der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften erschöpfte sich in der Praxis in der Errichtung einer genossenschaftlichen Schiedskommission und ihrer Betätigung, ergänzt seitdem durch den rechtsberatungsdienst. Obwohl beide als wirksame Garantiefaktoren gelten, können wir in der zeitlichen Reihenfolge aus der Sicht feststellen, dass das Mitglied seine Interessen entweder vor der Entscheidung /rechtsberatungsdienst/ geltend machen kann, oder nach der Entscheidung /rechtsstreit/. Es fehlt das Zwischenglied, oder ist mindestens nicht vollständig, das im Befugnisssystem der Gewerkschaft im Vorschlagsrecht, im Recht des Einvernehmens, im Kontroll- und Vetorecht verkörpert wird. Die auf den Ersatz der fehlenden Zwischenglieder gerichteten Versuche wurden früher dadurch abgewehrt, dass dies weder erforderlich noch nötig sei, denn das Mitglied ist ja Eigentümer und kann die ihm deshalb zustehenden Verfügungsbefugnisse im Forumsystem der Genossenschaftsleitung auf Grund seines Mitgliedsrechtes ausüben. Dies stimmt jedoch nur zum Teile, da das Genossenschaftsmitglied gleichzeitig auch ein Arbeitnehmer ist, wobei wir bei dieser Einheit allzuleicht vergessen, welche Unterschiede in den beiden Polen dieser Einheit vorhanden sind. Erstens: das Mitglied ist kollektiver Eigentümer, es ist also kaum wahrscheinlich, dass es individuell viele Auseinandersetzungen mit der Leitung haben könnte, doch kann es bei Erfüllung seiner Aufgaben als Arbeitnehmer auch individuell in Konfliktsituationen geraten. Zweitens: das Mitglied bekleidet in der Hierarchie der genossenschaftlichen Arbeitsorganisation eine untergeordnete Stelle. Als Ei-

gentümer sind jedoch sämtliche Mitglieder gleichberechtigt, unabhängig von ihrer Arbeitseinteilung. Übergehen wir nun von dem Bereiche des kollektiven Interessenschutzes auf das Gebiet des individuellen Interessenschutzes, so haben wir die entsprechenden organisatorischen und rechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Drittens: angesichts der der vergrößerten Genossenschaften kann ich kaum glauben, dass die Generalversammlung unter diesen Umständen ein geeignetes Forum zur Regelung dieser Fragen darstellen könnte.

2. Hinsichtlich des direkten - individuellen und kollektiven - Interessenschutzes der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften ist die Modifizierung der genossenschaftlichen Rechtsvorschriften im Jahre 1977 ein wesentlicher Fortschritt. Einesteils darum, da diese Modifizierung die Existenz des persönlichen und kollektiven Interessenschutzes der Mitgliedschaft auch positive akzeptierte, d.h. die relative Selbstständigkeit des individuellen und kollektiven Interessenschutzes der Mitgliedschaft im Verhältnis zu den verselbstständigten Interessen der Genossenschaft anerkannte, bzw. zu deren Interessenschutz und ist auch deshalb bedeutend, da es die Anfangsschritte für den Ausbau der Organisation der Interessenvertretung und des Befugnisystems der Interessenvertretung unternahm. /Es soll dabei bemerkt werden, dass Interessenschutz und Interessenvertretung keine synonymen Begriffe sind, die beiden haben zueinander ein Verhältnis, wie Inhalt und Form./ Obwohl die Rechtsvorschrift noch ziemlich lückenhaft erscheint, erkennt sie doch die Existenz des Interessenschutzes an, denn der Gebietsverband "nimmt

den Interessenschutz der gesamten Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaft wahr, fördert und organisiert den individuellen Interessenschutz, den Rechtsschutz der Mitglieder. Doch spricht das Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, im Gegensatz zu den s.g. Genossenschaftskomitees in den Industriegenossenschaften, die als Interessenschutzorgane benannt werden, nur auf konkludente Weise über den der Mitglieder selbst. Trotzdem können wir behaupten, dass die Begründung des Instituts für Interessenschutz und Interessenvertretung der Mitgliedschaft - während dadurch auch das Genossenschaftsrecht bereichert wird - über die Grenzen des Rechtsgebietes hinausgreift, nimmt einen staatsrechtlichen Charakter an, denn diese Bestimmung bedeutet einen wesentlichen Schritt in der Vervollkommenung der staatsbürgerlichen Rechte.

Auf welcher Grundlage und in welche Richtung soll denn das Rechtssystem des individuellen Interessenschutzes der Mitgliedschaft der Genossenschaft ausgestaltet werden ?

Ebenso, wie auch die sozialistische Interessenstruktur drei Knotenpunkte besitzt /individuelles, kollektives und genossenschaftliches Interesse/, sollen auch im genossenschaftlichen Interessenschutz drei Ebenen unterschieden werden, nämlich die gesellschaftliche Ebene /Klassen oder Schichten/, die den Interessenschutz der Gesamtheit der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften bedeutet,- dann die Gruppenebene, welche die Gesamtheit der Mitgliedschaft einer bestimmten Genossenschaft,- während der individuelle Interessenschutz den Schutz des einzelnen Mitglieds der Genossenschaft bedeutet. Diese drei Knotenpunkte sind grundlegende, wobei es keineswegs ausgeschlossen ist, dass unter diesen drei

Kategorien keine Zwischenkategorien der Interessen existieren könnten, welche über eine verhältnismässige Selbstständigkeit verfügen oder eine solche anstreben. Ihre Selbstständigkeit wird dadurch bestimmt, inwiefern sie über eine organisatorische Form /z.B. Betriebszweiginteresse/ bzw. Geltungsform /selbstständige Wirtschaftsführung des Betriebzweiges verfügen, die dann eine Selbstständigkeit für die Kernpunkte zusichern. In der derzeitigen Entwicklungsphase der Genossenschaften scheint es jedoch, dass sich der Interessenschutz der Mitglieder meistens auf der Ebene des Mezzinteresses lösen lässt. Abschliessend soll jedoch bemerkt werden, dass man die Frage der Interessenknotenpunkte nicht von den tatsächlichen Interessenverhältnisse jener Beschäftigungsgruppen getrennt untersuchen kann, die aus der Umschichtung der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften entstanden und in der soziologischen Literatur bereits des öfteren erörtert wurden.

Bei der Erörterung der Frage des Interessenschutzes der Mitgliedschaft ist auch der Umstand zu berücksichtigen, dass die Subjektträger der Interessensphären innerhalb ihrer eigenen Bewegungsform in der Organisation - auf kollektive und individuelle Weise gleicherweise - die Befriedigung ihrer Ansprüche - durch das System der Interessiertheit erstreben. In dieser Hinsicht wollen wir die Aufmerksamkeit auf folgendes lenken:

a/ die Interessenverhältnisse bleiben nicht ein für allemal unverändert, die Bestrebungen nach Befriedigung der Bedürfnisse verändern sich parallel zu den ökonomisch-sozialen Veränderungen.

In diesem Sinne ist der Kreis der Bedürfnisse sehr umfangreich, entscheidend sind allerdings die materiellen Bedürfnisse, mit der Änderung und Verbesserung der Lebensverhältnisse erhalten jedoch die nicht materiellen Bedürfnisse eine zunehmende grössere Rolle.

b./ In diesem sich ständig ändernden Prozess können die persönlichen Interessen nur im Rahmen der legitimisierten Bedürfnisse zur Geltung gebracht werden können und diese, die Legitimisierung der der individuellen Interessen der Befriedigung der der Legitimisierung der individuellen Interessen bestimmenden Kollektive, bzw. der der gesellschaftlichen Ziele sind jeweils auf jenem Horizont zu regeln, wie weit man aus der Position der Mitgliedschaft sieht und inwiefern die Mitglieder im Stande sind die Effektivität und Gültigkeit ihrer Tätigkeit zu beurteilen. Ansonsten wäre das Ziel für die Person abstrakt und ganz allgemein.

c/ Das Interessenverhältnis, als ein Verhältnis zwecks Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen ist jeweils von Anderen abhängig und dies ist Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Organisiertheit. Diese gesellschaftliche Organisiertheit innerhalb der Genossenschaft ist weitgehend von den Trägern der individuellen Interessen, von den Genossenschaftsmitgliedern abhängig. Mit anderen Worten ausgedrückt heisst dies, dass die Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Souveränität anderer abhängig ist, der Umfang dieser Souveränität ist jedoch wieder vom Interessenträger abhängig. Und bei diesem Problem kann wesentlich sein, dass und wie die Ausgestaltung der Struktur der Genossenschaft - bei Berücksichtigung der eigenen Interessen - durch welche Schichte bestimmt wird.

3. Der sozialistischen Interessenstruktur entsprechend verfügt der Interessenschutz der Mitgliedschaft über mehrere Ebenen.

Das gesellschaftliche Niveau des Interessenschutzes bezüglich ist der allgemeine Interessenschutz der in den einzelnen Genossenschaftszweigen vereinten Mitgliedschaft Aufgabe der Landesräte. Diese Funktion bedeutet eigentlich nichts anderes, als die kollektive Vertretung der die Gesamtheit der Mitgliedschaft betreffenden, zur Verallgemeinerung herangereiften, also legitimierbaren oder kodifizierbaren Fragen der kollektiven Vertretung bei den zu Entscheidungen berechtigten Partei- und Staatsinstanzen. In solchem Falle handelt es sich um die Vertretung einer Klasse, oder einer Gesellschaftsschichte /genossenschaftliche Arbeiterschaft, als eigenartige Schichte der Arbeiterschaft/ als Gesamtheit. Darum kann man dies als genossenschaftspolitische Vertretung einer Klasse oder Schichte bezeichnen. Auf dieser Ebene werden die Probleme des Interessenschutzes der Mitgliedschaft grösstenteils durch die Arbeitsgemeinschaft für Genossenschaftspolitik der Partei /MSZMP/vermittelt und gelöst, bzw. durch die Sicherung der Rechtssphäre des Einzelunternehmens und der kodifikativen Anregung allmählich gelöst. Es ist keine obligatorische Höflichkeit festzustellen, dass das "TOT-Modell" und auf dieser Grundlage die Funktionsänderungen der beiden anderen Landesräte im Jahre 1968 eine objektive Notwendigkeit waren, weiterhin dass alle drei Landesräte die einzelnen Probleme der Mitgliedschaftsinteressen in Überwiegender Mehrheit auf adäquate Weise verallgemeinerten und lösten, und schliesslich mittels entsprechenden Empfehlungen die

anfallenden Aufgaben des Interessenschutzes in den Genossenschaften bewusst machten. /Siehe z.B. die vom TOT im Jänner 1979 veröffentlichte diesbezügliche Empfehlung/. Auch das stimmt, dass nicht sämtliche vorteilhaften Lösungsmöglichkeiten ausgenutzt wurden. Wir denken hier in erster Linie an die aufstrebenden und durch die Wissenschaft unterstützten, sich auf die Ausgestaltung der unmittelbaren Formen der Eigentümerinteressen bezüglichen Versuche. Sowohl der Verfasser dieser Zeilen, als auch andere Autoren betonten mehrfach dass die Genossenschaft als eine auf der persönlichen und vermögensrechtlichen Mitwirkung des Mitglieds beruhende Gemeinschaft, nicht nur dem persönlichen Interesse des Mitglieds, der Mobilmachungsmöglichkeit des persönlichen Eigentums für Produktionszwecke bei wesentlich vorteilhafteren Bedingungen dient, sondern ebenso auch den gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Interessen. Diese Auffassung, welche in Produktionsgenossenschaften die Vermögensbeziehung zwischen Mitglied und Genossenschaft als entgegengesetzt erachtet, verstärkt die mittels Verstärkung der sozialistischen Züge der Genossenschaften die bereits vielfach und mit vollem Recht der Kritik unterzogene Verbraucheranschaung. Wenden wir uns jedoch wieder zur Ebene der Interessenstruktur zurück.

Auch der kollektive - also gruppenhafte - Interessenschutz der Mitgliedschaft der Genossenschaften ist gelöst. Garantie und Forumssystem dafür liegen in der gesetzlichen Funktion und Leitung der Genossenschaft. In dieser Zweifalt der Genossenschaftsleitung kommt nämlich eine Legierung der korporativen und der Einmannleitung zum Ausdruck, ausserdem eine Einheit der Wirtschaftslenkung und der Aufgaben der Interessenvertretung. Die Funktion der

Wirtschaftslenkung bedeutet eigentlich, dass die allgemeine Wirtschaftslenkung als unterstes Glied die Leitung gezwungen ist die Angelegenheiten auf der Basis der Wertordnung beruhend in der Wirtschaftslenkung zu entscheiden und den Interessenschutz in diesem Rahmen zu betrachten und die Fragen zu lösen. Bedauerlicherweise ist diese letztere Funktion weder in der Literatur, noch in der Praxis, und nochmehr in der Dialektik der beiden genügendweise betont. Bei diesem Problemenkreise reicht es jedoch nicht aus, wenn man konstatiert, ob die Leitorgane den Rechtsregeln entsprechend funktionieren oder nicht, sonder auch die innere Bestimmung der der juridischen Befugniskompetenzen der Entscheidungen ist wesentlich. Der Interessenschutz erfordert ~~man~~ bei dem gegebenen Organ oder bei der Person eine Umgestaltung der Anschauungsart, und zwar als Geltendmachung der geänderten Anschauung im Aufbau der Leitorgane und deren Kompetenz. Wenn wir uns der bereits dreissigjährigen Last entledigen könnten, welche die Angelegenheiten des Sozialwesens, Unterrichts und Bildung als derartigerweise gleichartig betrachten, dass die Erledigung dieser in nur einem einzigen Komitee vorstellbar ist. Noch wirksamer wäre die Interessenvertretung, wenn diese Komitees am Niveau der Generalversammlung existieren würden und obligatorisch wären. Was die Kompetenz des regionalen Bundes betrifft, so lautet der juristische Satz, dass "diese den Interessenschutz der Gesamtheit der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften versieht", dem regionalen Verband eine doppelte Kompetenz zusichert: a/ im Komitatsbereich umfasst es die Vertretung der Genossenschaftsmitgliedschaft vor allen

a/ Vertreter der gesamten Mitgliedschaft vor sämtlichen Organen des Komiteats, b/ ist im Prinzip berechtigt bei Verletzung der kollektiven Interessen der Mitgliedschaft auch der Genossenschaftsleitung gegenüber aufzutreten. Es ergibt sich jedoch die Frage, über welches Befugnisssystem verfügt der regionale Verband den Interessenschutz der Mitgliedschaft betreffend, wie weit können ihre Verpflichtungen reichen? In diesem Zusammenhang kann nur soviel behauptet werden, dass die Ziele der Rechtsregeln unbedingt zu befolgen sind, dass zwischen den Erwartungen der zentralen Erwartungen und buchstäblichen Regelsystem ein gewisser Widerspruch besteht. Der Wirkungskreis des regionalen Verbandes führt vorwiegend einen instruktiven und organisatorischen Charakter. /...fördert und organisiert den individuellen Interessenschutz, Rechtsschutz. Paragraph 104 Absatz 1./ Die Bestimmung der Aufgaben des Verbandes bei der Organisation der Rechtshilfe ist einigermaßen präziser festgelegt. /Richtlinien des TOT Nr. 1/1979 über die Rechtshilfe der LPG./ Deshalb wäre im Zusammenhang mit dem individuellen und kollektiven /Gruppen/ Interessenschutz eine derartige Praxis nutzvoll, wenn die regionalen Verbände die Tätigkeit und die Kompetenz der Gewerkschaftsorganisationen der Komiteats studieren würden und zeitweise eine Analyse der Situation im Interessenschutz der Mitgliedschaft an die Tagesordnung setzen würden, ebenso die Ausgestaltung und Vervollkommnung der zu befolgenden Verfahrenspraxis und die erforderliche Fortentwicklung des konkreten Berechtigungssystems und des Mechanismus zur Geltendmachung der Interessen. Diese Aufgabe des regionalen Verbandes kann aus den allgemeinen, die Transmissionsaufgaben und die Interessenschutzaufgaben des Verbandnetzes bestimmenden Beschlüssen deriviert werden.

Im Kreise des Interessenschutzes muss man auch darauf hinweisen, dass zahlreiche regionale Verbände in der Vermittlung der zwischen den Genossenschaftsleitungen und den Mitgliedern zeitweise anfallenden Diskussionen mitwirken.

Um diese unbedingt richtige Bestrebung auch in organisierter Form zu legalisieren, könnte ich mir perspektivisch vorstellen, dass eine Absonderung der Rechtsstreite seitens der Mitgliedschaft, bzw. der zwischen der Genossenschaftsleitung und der Mitgliedschaft entstehenden eventuellen Rechtsstreite als Auflösung im Rahmen der regionalen Verbände derartige Schiedsrichterausschüsse arbeiten würden, welche zwischen dem Verfahren des genossenschaftlichen Schiedsrichterausschuss und dem gerichtlichen Verfahren zweiter Instanz - auf fakultativer Grundlage zu benaspruchenden - ein Ausgleichsverfahren ausüben könnten. Dies würde die Anzahl der aus den Rechtsstreiten der Mitgliedschaft stammenden Prozesse vor dem Gericht weitgehend vermindern und würde gleichzeitig das Ansehen der regionalen Verbände bereichern.

4. Nun, was die Situation des individuellen Interessenschutzes innerhalb der Genossenschaften betrifft, erwarten drei verschiedene Fragen ihrer Beantwortung: der Umriss des Inhalts, die Bestimmung der Organisation und die Auserbeitung des Mechanismus zur juridischen Geltendmachung.

Der inhaltliche Rahmen des Interessenschutzes wird durch zwei Faktoren bestimmt: a/ die Teilberechtigungen des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses /Mitwirkungs-, Vermögens- und organisative Teilberechtigungen/ und b/ die statutenmässigen Institutionen der gegebenen Genossenschaft, die damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Gleich bei der Frage des Inhalts ist zu erwähnen, dass der Interessenschutz der Mitgliedschaft und der Rechtshilfedienst keine identische Begriffe sind, die Rechtshilfe ist eine Seite des Interessenschutzes, welche im Mechanismus des Interessenschutzes die Lösung der inhaltlichen Probleme des Interessenschutzes fördern kann. Was nun die weitere Entfaltung der inhaltlichen Probleme des Interessenschutzes betrifft, müssen wir aus dem grundlegenden juristischen Satz ausgehen, dass :

a/ die in der Genossenschaft verrichtete Arbeit gleichwertig ist mit der in anderen Formen des gesellschaftlichen Eigentums verrichteten Arbeit, demzufolge kann der Arbeitnehmerinteressenschutz des Mitglieds einer Produktionsgenossenschaft sich vom Interessenschutz eines Werkstätigen in einem staatlichen Unternehmen, dem Charakter und dem Berechtigungssystem nach, nicht unterscheiden;

b/ das genossenschaftliche Mitgliedsverhältnis ist ein zweifaches, demzufolge kann es den genossenschaftlichen Interessenschutz durch eigenartige Züge bereichern und nuancieren, denn das Mitglied ist direkt und indirekt als Eigentümer interessiert /auch dann, wenn bei letzterem in der Regelung - bei den verschiedenen Genossenschaften abweichenderweise - ein Rückstand zu verzeichnen ist/;

c/ In diesem Sinne bedeutet der Interessenschutz der Mitgliedschaft nichts anderes, als einen, die effektiven Interessen der persönlichen Bedingungen in der Funktion der Genossenschaft zum Ausdruck bringenden legitimisierten - oder im Rahmen der Selbstregelung potentiell legitimisierbaren Anforderungen verbundenen oder unbefriedigten Anforderungen, eventuell mit deren Verletzung verbundenen kontinuierliche - also organisierten - und rechtlich erfüll-

baren Prozess. Die Verrichtung und Lösung dieser Aufgabe gewährleistet in der Harmonie des individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen obligatorischen Einklang der Interessen. In Betracht der Zeitfolge gibt es einen präventiven Interessenschutz /z.B. Zusicherung der Beschäftigung/, einen die Voraussetzungen des Interessenschutzes gewährleistenden /Unterstützung, Modernisierung der Entlohnung/ und einen nachträglichen, Konflikte beseitigenden Interessenschutz /Schiedsgericht/.

Hinsichtlich der inhaltlichen Gliederung des mitglied-schaftlichen Interessenschutzes und des staatsbürgerlichen Interessenschutzes besteht ein Unterschied. Der mitglied-schaftliche Interessenschutz ist wieder ein zweifacher: und zwar der Eigentümer- und der Arbeitnehmer-Interessen-schutz. In der Praxis ist jedoch eher der präventive und die Voraussetzungen schaffende der Häufigere und seltener ist der die Konflikte beseitigende Interessenschutz der Eigentümer, denn das Mitglied ist ja kollektiver Eigentü-mer, demgegenüber ihm als individuellem Arbeitnehmer in Hinsicht des Interessenschutzes und der Vertretung alle Rechte zustehen, in welchen - in den staatlichen Unterneh-men - die Gewerkschaftsorgane das Recht haben Vorschläge zu unterbreiten, Kontrolle auszuüben, Vereinbarungen zu treffen und im Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeits-verhältnissen der Arbeiter das Vertretungs- und Vetorecht auszuüben. Dieser Kreis ist schon darum zunehmend aktuell, da die Gewerkschaften der Genossenschaften diese Rechte in Bezug der Angestellten ausüben. Auf der Ebene der Staats-bürgerschaft bieten zwei grosse Bereiche Schutz und Mög-

lichkeit und zwar im Gebiete des Warenverkehrs und im weiten Kreise der behördlichen Berechtigungen. In diesem Sinne kann sich der mitgliedschaftliche Interessenschutz eigentlich in genossenschaftlichen, bürgerlichen und Staatsverwaltungssachen verkörpern.

5. Der Interessenschutz ist durch eine bestimmte Organisation bedingt. Falls ein Interessenschutz in Funktion tritt, dann treffen wir auf die Organisation des Interessenschutzes. Diesbezüglich müssen wir zu Kenntnis nehmen, dass im Prozess der Interessenbefriedigung von den Einzelpersonen abgesonderte gesellschaftliche Verbindungsorgane existieren, welche mittels irgendwelcher Begegnungsform sich als Mittel selbst einschalten zwischen die, ihre Bedürfnisse zu befriedigen gesinnte Person, - die Bedürfnisse anderer Personen und zwischen den Gütern, wobei die Geltendmachung mit Rücksicht auf die objektiven Möglichkeiten und legalen Schranken auf diesem Wege integrative erfolgt. Das ist jedenfalls nicht gleichgültig ob sich dieser Prozess - nennen wir ihn als auf der Grundlage der Interessenabstimmung beruhenden Prozess der Befriedigung von Bedürfnissen - bei Vereinbarung der betreffenden Personen, bei ihrer Mitwirkung oder ohne dieser abspielt. Ein objektiver Vorgang ist jedoch dass je ferner sich ein Organ vom Mitglied befindet, umso mehr verlegt sich dieser auf den Pol der allgemeinen Interessen und je näher sich das Organ befindet umso mehr verlegt er sich auf den Pol der konkretisierten, Sonderinteressen. Demzufolge ist primäre Voraussetzung der Geltendmachung der persönlichen Interessen, dass diese möglichst nah zur Person sei. Nun, was die Lösungen im ungarischen Genossenschaftswesen betrifft, stehen wir momentan drei Alternativen gegenüber:

a/ Die eine Alternative ist die Ausdehnung der genossenschaftlichen Mitgliedschaft auf die gewerkschaftliche. Wie es uns bekannt ist, werden bei einer 5 - 25 Mann überschreitenden Belegschaft Gewerkschaftsgruppen bzw. Basisorganisationen gebildet, wobei mehrere Mitglieder von Produktionsgenossenschaften auch über Mitgliedschaft einer Gewerkschaft verfügen. Dies würde unvermeidlich eine Integration der Interessenvertretung als Teil der politischen Organisiertheit der Mitglieder und der Angestellten verwirklichen. Es kann nicht bestritten werden, dass die Existenz der Gewerkschaft in der momentanen Situation Urheber einer gewissen positiven Spannung ist, nachdem das Berechtigungssystem den Angestellten gegenüber umfangreicher und besser geregelt ist, als bei der genossenschaftlichen Organen, - trotzdem sind wir der Ansicht, dass die Realität der Gewerkschaftsmitgliedschaft seitens der produktionsgenossenschaftlichen Mitglieder nur dann eine alltägliche Aufgabe darstellen kann, wenn das Mitglied in seiner Eigentümer-Arbeitnehmerposition die letztere ausschlaggebend wird. Gewisse theoretische Ansichten führten in den jüngsten Jahren zu Übertreibungen, die objektiven Verhältnisse bestätigen jedoch die Dauerhaftigkeit dieser Doppelheit.

b/ Die andere Alternative führt innerhalb der Genossenschaft einen genossenschaftlichen Charakter, erachtet jedoch ein besonderes Organ der Interessenvertretung zweckentsprechend. Diese Lösung ist bei den industriellen Genossenschaften das s.g. Genossenschaftskomitee, welches innerhalb der Genossenschaft die soziale Tätigkeit leitet und gleichzeitig die Interessenvertretung der Mitglieder versieht. Ihr Wesen ist mit den Kollektiven des Arbeitsortes eng verbunden.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses werden durch die Arbeitsortkollaktiven gewählt, abberufen und enthoben, den Vorsitzenden wählt die Generalversammlung ruft ihn zurück und enthebt ihn seines Amtes. Diese Regeln verleihen dem Ausschuss entsprechenden Rang und Schutz, nachdem die Mitglieder des Ausschusses Amtsträger sind.

c/ Die dritte Alternative befinden sich in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch im Entwicklungsstadium, die rechtliche Lage ist jedoch noch nicht eindeutig geklärt. Die dritte Alternative geht davon aus, dass der Interessenschutz und die Interessenvertretung innerhalb der Genossenschaft, im Rahmen der Entscheidungsforen /Generalversammlung, Delegiertenversammlung, usw./ zu lösen ist, nachdem diese Foren gleichzeitig auch Institutionen für Interessenvertretung in der Genossenschaft sind. Dies kann auch als geteilte Interessenvertretung bezeichnet werden, wo sich die unterste Ebene in der Arbeitsortkollektive befindet. In diesem Sinne wird die Kollektive des Arbeitsortes potentiell zu einer Organisation mit zweifacher Funktion: auf der untersten Stufe verfügt die Korporationsleitung über ein Entscheidungsrecht, ist sowohl Leitorganisation, als auch Organ der Interessenvertretung der Mitglieder. Wenn dies einmal so ist, so wäre es zweckmässig, die anfallenden Aufgaben des Interessenschutzes genauer als bisher zu bestimmen: d.h. es sollte jener Weg ermittelt werden, laut welchem die Arbeitsortkollektive und deren Leiter alljene Rechte ausüben könnte und dem der komplette Schutz gebühren sollte, welcher bei staatlichen Unternehmen dem Vertrauensmann der Gewerkschaft zusteht bzw. welche Rechte er ausüben kann. /Siehe SZOT Richtlinien 31.V.1976 bzw. die Verordnung MT 12/1976./.

d/Ohne den Rechtskreis eingehend anzuführen,- wenn wir uns den Berechtigungen der Gewerkschaft dem Wesen nach annähern wollen, könnte die Kollektive des Arbeitsortes, bzw. in seiner Vertretung deren Leiter nachstehende Rechtsbefugnisse ausüben:

- in Fragen, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen in Produktionsgenossenschaften /Mitglieder und Angestellte/ betreffen, soll ihm das Recht der Begutachtung und Empfehlung gebühren, insbesondere anlässlich der Ausgestaltung der Arbeitsordnung, Produktionsprogramme, Regelung der Leistungsanforderungen, weiterhin bei der Beurteilung von zum Weiterlernen vorgesehenen Personen, bei der Ausgestaltung der diversen Formen der Vermögensbeziehungen der Mitgliedschaft. Alles zusammengefasst ist das wichtigste die Begutachtung der relativen Selbstständigkeit der hinter der Arbeitsortkollektive befindlichen Zweige oder Organisationen.

- In Bezug der Einhaltung der internen Vorschriften der Genossenschaft können sie innerhalb der Arbeitsortkollektive das Kontrollrecht ausüben.

- Der Leiter der Arbeitsortkollektive ist Vertreter der Mitglieder der Arbeitsgruppe in Fragen, welche vor der Wirtschaftsleitung der Genossenschaft das Mitgliedsverhältnis betreffen.

- Auch das Einspruchsrecht sollte ihm zustehen, falls der Wirtschaftsleiter des gegebenen Zweiges Massnahmen plant, oder derartige Leitmethode ausübt, welche die Mitglieder der Arbeitskollektive nachteilig berühren und wo die Frage direkt mit dem Wirtschaftsleiter nicht erledigt werden kann.

Ein Codifikator hat also eine doppelte Aufgabe. Er hat das Berechtigungssystem präzise auszuarbeiten, weiterhin

hat er zu entscheiden, welche kollektive auszuüben sind /d.h. die Arbeitsortkollektive betreffen/ und welche sind jene in welchen der Leiter der Arbeitsortkollektive selbstständig vorgehen kann. Alldies setzt jedoch voraus, dass der derzeitige ad hoc status des Leiters der Arbeitsortkollektive zu modifizieren ist und dass dieser als Beamter der Genossenschaft zu betrachten ist.

Im Interessenschutz der Mitgliedschaft der Genossenschaft ist es eine wichtige Frage, ob dieser auf der Ebene der Arbeitsortkollektive verbleiben soll, oder ob die Zeit bereits herangereift ist um für den allgemeinen Interessenschutz organisative Schritte zu unternehmen. Ich bin überzeugt davon, dass aus den Leitern der derzeitigen Arbeitsortkollektiven diese Kollektive für Interessenschutz gebildet werden könnte, welche der Genossenschaftsleitung gegenüber in Problemen, welche die gesamte Mitgliedschaft der Genossenschaft betreffen in Allgemeinheit der Leitung gegenüber Partnerschaft bekleiden könnten und im Wesentlichen all jene Rechte ausüben könnten, welche bei staatlichen Unternehmen dem Gewerkschaftsausschuss, der Beratung der Vertrauensmänner zustehen. Zur Erfüllung dieser Funktion der Arbeitsortgemeinschaft bedarf es Intentionen und der Verdrängung der manchmal der Vorstellung von Rechtsregeln gegenüber ausgeübten Praxis. So ist z.B. manchmal der Zweigleiter Leiter der Arbeitsortgemeinschaft. Juridisch schliesst dies die Geltendmachung der Interessenvertretung aus. Bedauerlicherweise ist auch die diesbezügliche TOT-Empfehlung widerspruchsvoll und ungewiss. In dem einen Absatz wird empfohlen, dass man in den Genossenschaften regelmässig analysiert, ob der Rechtskreis der Initiative, Begutachtung, Empfehlung und Entscheidung der Arbeitsortkollektiven dem individuellen und kollektiven Interessenschutz der Mitglieder entsprechen

derweise dient,- andererseits wird empfohlen, dass der Aufgabenkreis des sozialen Kulturausschusses mit Aufgaben des Arbeitswesens und des Arbeitsschutzes zu ergänzen wären.

Wenn wir nun die organisative Konstruktion des Interessenschutzes und der Interessenvertretung der Genossenschaftsmitglieder mit Aufmerksamkeit verfolgen, so können wir daraus zwei Konsequenzen ziehen: a/ in der derzeitigen Entwicklungsperiode ist in Betracht der zweifachen Natur der Leitungsorganisation der Genossenschaften der Interessenschutz auch in solcher Hinsicht bezeichnend, dass je höher die Leitungsorganisation ist, umso stärker ist die Lenkungsstätigkeit und umso schwächer die Tätigkeit im Interessenschutz, und je näher die gegebene Organisation zu dem Mitglied steht, umso konkreter gestaltet sich die Tätigkeit im Interessenschutz und wird schwächer die Leittätigkeit. Inbetracht der geschichtlichen Perspektive müssen wir uns jedoch auch mit der Konfrontation befassen, ob die Anschauungsweise der Organisationswissenschaft aufrecht erhalten bleiben kann, gemäss welcher die Funktionen des Interessenschutzes und der Leitung ein und derselben Organisation obliegen sollen. Diese zweifache Funktion ist nämlich auch bei anderen Organisationen anzutreffen. Beispielsweise sind die Universitätsräte seit der Reform im Jahre 1969 nicht nur die höchsten Lenkungsorgane der Universität, sondern gleichzeitig auch die höchsten Interessenvertretungsorgane der unterschiedlichsten Schichten der Universität. Die Entscheidung über die Lösung dieser Frage erfordert jedoch noch weitere Forschungsarbeit.

c/ Hinsichtlich des Wirkungsmechanismus der Interessenvertretung der Mitgliedschaft ist die Situation anders in industriellen Genossenschaften und wieder ganz anders in landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Funktionsregeln des Genossenschaftskomitees in industriellen Genossenschaften zeigen in so mancher Beziehungen ähnliche Züge mit den Verfahrensregeln der Kontrollkommission und kann mit seinen Feststellungen sogar den Delegiertenausschuss erreichen. Der Kreis dieser Berechtigungen beschränkt sich jedoch auf die Äusserung der Ansichten und der Vorschläge. Nachdem in landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Genossenschaftskomitees funktionieren, wäre es zweckvoll den Funktionismus des Interessenschutzes so zu regeln, dass es dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft möglich wäre auf analoge Weise zu verfahren, als der Vertrauensmann der Gewerkschaft. Bei eventueller Erfolglosigkeit könnte Er sich zu einer - aus den Leitern der Kollektive bestehenden Kollektive, oder direkt zur Leitung selbst, oder auch zur Delegiertenversammlung zwecks Rechtsbehelf wenden. Zweckvoll wäre es, die Befassung mit Rechtsbehelfen als Aufgabe der stellvertretenden Vorsitzenden zu bestimmen. Ich bin der Ansicht, dass sich die mit den Empfehlungen des - sich mit dem Interessenschutz befassenden - Landesrates vielmehr mit dem Mechanismus des Interessenschutzes befassen sollten, denn ein guter Mechanismus ist die Voraussetzung der Effektivität. In diesem Rahmen müsste man auch darauf eine Beantwortung erlangen, welcher Mechanismus der konkreten Rechtsverfolgung und welche organisatorische Beziehung verbindet das innerhalb der Genossenschaft tätige Organ des Interessenschutzes mit dem regionalen Verband.

6. Letzten Endes wäre auch die Rechtsvertretung der Mitglieder ein organischer Teil des mitgliedschaftlichen Interessenschutzes. Dieses Problem ist deshalb bedeutungsvoll, da - obwohl ein Grossteil der problematischen Angelegenheiten im Rahmen der Rechteberatung, oder auf der Ebene der Konsultation mit dem zuständigen Leiter erledigt wird, - ein anderer Teil vor der Schiedskommission, oder im Rahmen eines gerichtlichen oder Staatsverwaltungsverfahren geregelt wird. Diverse Datenerhebungen weisen darauf hin, dass ein Teil der im Rahmen der Rechtshilfe anfallenden Angelegenheiten einer Rechtsvertretung bedarfen. Dies wird auch durch die Gliederung der anfallenden Angelegenheiten betont: obzwar hinsichtlich der Regionen und der Genossenschaften eine gewisse Streuung zu beobachten ist, kann trotzdem festgestellt werden, dass etwa 15 - 40 % der Angelegenheiten mit dem Mitgliedschaftsverhältnis in Zusammenhang stehen. Alldies erfordert die Regelung einer zufriedenstellenden Rechtsregelung.

Gemäss Ptk. § 219. "können Verträge auch über andere Personen /Vertreter/ abgeschlossen werden, oder können sonstige Rechtsäusserungen getroffen werden, ausgenommen der Fall, dass laut Rechtsregel diese Äusserung nur persönlich verklingen kann", bzw. gemäss § 222 "Vertretungsrecht kann - ausser den in dem Gesetz, beßördlichen Verordnungen und Statuten beruhenden Vertretungen - auch mittels einer an den Vertreter, an die andere Partei oder an die anfallende Behörde gerichteten Deklaration /Bevollmächtigung/ gezeitigt werden. Schliesslich zitieren wir den Abschnitt /1/ aus dem § 15. MT, laut welchem die Gewerkschaft "...in den, den Arbeitsort betreffenden Fragen im Interesse des Werkträgigen, in seinem Namen und anstatt ihm, auch mangels einer

besonderen Bevollmächtigung verfahren kann, bzw. Abschnitt § 67. /1/ /Bürgerrechtsverfahren/, laut welchem die Gewerkschaft im Prozess seiner Mitglieder verfahren kann.

Mit Rücksicht auf diese Allgemeine Bestimmungen können die wichtigsten Regeln der mit der Rechtsvertretung der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften zusammenhängenden Interessenvertretung folgenderweise umrissen werden:

a/ Der mit der Genossenschaft in mitgliedschaftlichem oder Arbeitsverhältnis stehende Rechtsberater kann - im Auftrag - in jeglichen Sachen und auf jeglichen Ebenen des Vertretungsrecht ausüben, in welchen zwischen Mitglied und Produktionsgenossenschaft kein Interessenkonflikt besteht.

b/ In das Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Fragen - wo also zwischen Mitglied und Genossenschaft ein Interessenkonflikt besteht, sollte dem regionalen Verband die im 15. §. Mt. zitierte Berechtigung der Gewerkschaften zustehen. Ansonsten ist es erwähnenswert, dass die Fachliteratur diese Tätigkeitsart nicht dem Begriffskreise der Vertretungen einverleiht /aber dort erörtert/, nachdem die Gewerkschaften obwohl sie im Interesse des materiellen Rechts der Berechtigten verfahren, trotzdem in ihrem eigenen Namen vorgehen, - demgegenüber die Vertretung ein Verfahren im Interesse eines Anderen ist. Unserem Standpunkt nach vereinigen sich hier die im klassischen Sinne aufgefasste Rechtsvertretung mit dem Wirkungskreise der Interessenvertretungsorgane. Dieser Umstand wieder berechtigt uns zu jener Schlussfolgerung, dass dieses Recht auch sinngemäss den regionalen Verbänden zusteht. Und hier bietet sich wieder ein - bereits

ein und somit den ganzen Vortrag betreffenden- an der Hand liegende Schlussfolgerung des ganzen Vortrags: wo in der Tendenz der Integration des Arbeitsrechtes und des Genossenschaftsrechtes rationelle Lösungen voneinander übernommen werden können, dort ist es nicht unbedingt notwendig irgend- etwas neues zu erfinden, sondern diese Neuartigkeiten können wechselseitig voneinander übernommen werden und bloss dort wäre etwas eigenartiges zu übernehmen, wo dies durch die objektiven, in den Produktionsverhältnissen vorhandenen Unterschiede erfordert wird. Die betreffende Beurteilung bildet gleichweise ein Problem der Politik, der Wirtschaft und der Juristik.-